

BVZ Berliner Volks-Zeitung

Zweimal täglich
60 Pfg. wöchentlich
Im Einzelverkauf:
Morgenblatt 10 Pfennig
Sonntag 15 Pfennig
Abendblatt 5 Pfennig

Freitag, 19. Dezember 1930

ABEND-AUSGABE

78. Jahrgang - Nr. 598

Protest der Hosenmätze

So sehen die Frontkämpfer der Nazis aus

Hamburg, 19. Dezember.

In unverantwortlicher Weise verüben die Nationalsozialisten die Schandtat der bösen Schändung in ihren demagogischen Parteidemonstrationen. Nach der fälschlich von den dortigen Schutzbehörden mit Recht durchgeführten Auflösung des nationalsozialistischen Schülerbundes hat die Partei Protokolle in Form von Beschlüssen der Schüler arrangiert, in denen die dort verammelten Teilnehmer, Zehnbarer und Primaner zu Protestaufrufen an ihre Direktoren veranlaßt worden sind und diesen ein Bruch der Reichsverfassung, die alten Deutschen die freie Meinungsäußerung gestatte, vorgeworfen wird. Ferner bemühen sich die Nationalsozialisten durch Flugblattverteilung die Schüler zu immer neuen Kundgebungen aufzufachen. Ein energischer Durchgreifen gegenüber diesen Sabotageversuchen der Reichsbehörden wäre in Aktion durchaus erforderlich.

läßeln. Wenn bei der Entlassung ihnen ein gewisser Rest Papier in die Hand gedrückt wird, dann sei Gelegenheit, durch ein Schreiben zu beweisen, was man sich aus dem Resten Papier mache. Wenn man dann für dieses verächtliche Schreiben zur Rede gestellt wird, dann kann man in ruhiger Besinnung es tun, was man will, mit einem Restem Papier handeln, der das Schreiben haben will.

Mit jehz jynischen Redenarten, mit der

Aufforderung zu fügen, füttern die Nationalsozialisten die Jugend. Ihre Propaganda unter jungen Menschen, die sich erst entwickeln müssen, hat mit Politik nichts mehr zu tun. Menschen, die so frühzeitig, sind Jugendverderber, denen der Staat, wenn er sich nicht selbst aufgeben und eine heranwachsende Generation geistiger Verblümmung preisgeben will, endlich mit rücksichtsloser Energie das Handwerk legen muß.

K. C.

BVZ Funk

KIEL. Gestern abend wurde hier eine Versammlung der Nationalsozialisten von der Polizei wegen schlechter Angriffe auf die Republik aufgelöst.

HAMBURG. In Bremen ist durch den Zusammenschluss junger Staatspartei mit anderen Jugendverbänden eine „Freiwillig nationale Aktion“ ins Leben gerufen worden, die den Zweck verfolgt, die Rückbildung der deutschen und bremischen Politik einen verstärkten Aktivismus der Mitte entgegenzustellen.

PIRMASENS. Aus dem Weiber bei Winzeln sind 81 Granaten herangesucht worden. Ausserdem fand man einen Militärkabinett und eine Pistole, was insofern überraschend, als man feststellte, dass die Pistole keine 14 Tage im Wasser gelegen haben kann. Die Sucharbeiten werden fortgesetzt.

GENÈVE. Heute vormittag überreichte der deutsche Generalkonsul Dr. Voelckers dem Untergeneralsekretär Marchesi eine neue Beschwerde der deutschen Reichsregierung. Sie bezieht sich auf Fälle von Wahlbeeinflussung, Gewaltakte, Hetze gegen die deutsche Minderheit und Verlegen des behördlichen Schutzes in Posen und Pommern.

CARTAGENA. Der Weiterflug der sechs Flugzeuge des italienischen Luftgeschwaders, die im Sturm bei den Balearen Inseln niedergehen mussten, kann auch heute noch nicht stattfinden. Man hofft, dass die Weiterfahrt nach Alcazars morgen erfolgen kann.

WASHINGTON. Staatssekretär Simon äusserte sich vor dem Handelsausschuss des Bundes senats über die Einwanderungsfrage. Er wandte sich gegen das von den Senatoren Reed und Johnson vorgeschlagene Verbot der Einwanderung für zwei Jahre und sprach sich für eine 90prozentige Kürzung der Quoten der einzelnen Länder aus.

System Scheuen

Wie wir bereits im Morgenblatt mitteilten, ist der Chefredakteur Dr. Freytag wegen seiner Rede zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Von der Auflage der formalen Weidigung dagegen wurde er freigesprochen.

Formal mag das Gericht mit seiner Begründung der Verurteilung des jetzigen im Rechte sein. Aber es muß gesagt werden, daß durch die Ergebnisse des Prozesses auch ein System verurteilt worden ist. Dieses System, das die Beihilge im Prinzip anerkennt und sie durch Jüglinge gegen andere Jüglinge ausführen läßt, ist in der Jugendbeziehung und besonders in der Erziehung für gefährdete Jugendliche grundsätzlich zu verwerfen. Ganz gleichgültig ist dabei sowohl die Person der Frau Stadtrat Wehl wie auch die des Chefredakteurs Freytag. Die verschiedenen Anschauungen, die in dieser Frage zutage traten, wurden getrennt bei der Beweisaufnahme in der Vernehmung des jetzigen Direktors Dr. Riddensbruch, der früher selbst in Scheuen Fürsorgeleiter war, und des Obermagistrats Rausch fund. Dr. Riddensbruch hatte dem Obermagistratsrat Rausch und auch der Frau Stadtrat Wehl Befundungen über Verhandlungen gemacht, die in Scheuen unter der Direktion Straubes vorgenommen sind. Diese führten zwar zu einer Veranordnung des Direktors, aber schließlich ließ sich Dr. Riddensbruch verhegen, weil er die Methode in Scheuen nicht länger mitmachen wollte. Obermagistratsrat Rausch, der man bisher für einen idealen Fürsorgeleiter gehalten hat, suchte getrennt den Direktor Straube gegen Dr. Riddensbruch in Schutz zu nehmen. Er meinte, daß das Verhalten der beiden Herren aus den verschiedenen Einstellungen zur Jugendbeziehung überhaupt zu erklären sei. Dr. Riddensbruch konnte von der „Jugendbewegung“ und sei dafür, daß fälschliche Züchtigungen überhaupt nicht vorgenommen würden. Direktor Straube sei „eine kolonialistische Persönlichkeit“, die

Deutschnationaler Reinfall

Misstrauensantrag gegen Braun und Severing vom Landtag abgelehnt
Der Vertrag mit der Volksbühne

Der preussische Landtag nahm heute die Abstimmung über den deutschnationalen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun und Innenminister Severing vor. Der Antrag wurde mit 224 gegen 182 Stimmen bei zwei Stimmentzettelungen abgelehnt.

Das Ergebnis dieser Abstimmung zeigt, daß die Mehrheit des preussischen Landtags die Ansichten der Regierung über den Remarque-Film teilt, und es ist im Grunde ein unerträglicher Zustand, daß die Mehrheit zugunsten einer Minderheit, die sich dem Abfall-Nationalismus verpflichtet sieht, auf den Film verzichten soll. Wie wenig ernst es den Reichsparteien mit dem Misstrauensantrag gegen die Regierung war, beweist die Tatsache, daß bei der Abstimmung auf der rechten Seite Massen flüchten. Allerdings war auch bei den Regierungsparteien eine Anzahl von Abgeordneten nicht erschienen. Die Sitzungswahrscheinlichkeit einmal über auszugehen.

In der Aussprache befaßte sich das Landtag mit dem Vertrag, den der Staat mit der Volksbühne über die Oper am Platz der Republik abgeschlossen hat. Nach diesem Vertrage zahlt der Staat an die Volksbühne eine Entschädigung für den Verzicht der Volksbühne auf ihre Ansprüche aus dem bisherigen Vertragsverhältnis. Nach dem Ablauf der Spielzeit 1930/31 in der Rollpreyer werden der Volksbühne vom 1. September 1931 ab auf fünf Jahre in jeder Spielzeit 54 000 Mark

für geistlose Vorstellungen in der Staatsoper unter den Linden für einen Preis von je zwei Mark und 30 Pfennige Garbenobergebühr zur Verfügung gestellt. Mit dieser Anordnung ist das Zensurteil über die Rollpreyer gesprochen.



Armer Hitler

„Verflucht, was so 'ne Mücke stechen kann“

Der Hauptantrag beantragt die Genehmigung des mit der Volksbühne abgeschlossenen Vertrags und eine Entschädigung, die den Finanzminister erstucht, die im Etat 1930 bereitgestellten 160 000 Mark für die Landesbühnen voll zu gewähren und die der Stadt Breslau für die Erhaltung ihres Theaters bewilligten 150 000 Mark ausserplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Der Reichsminister Abg. Kaufner (Zent.) weist darauf hin, daß durch den neuen Vertrag die Leistung des Staates auf 5,5 Prozent der Leistung durch den früheren Vertrag herabgesetzt worden sei.

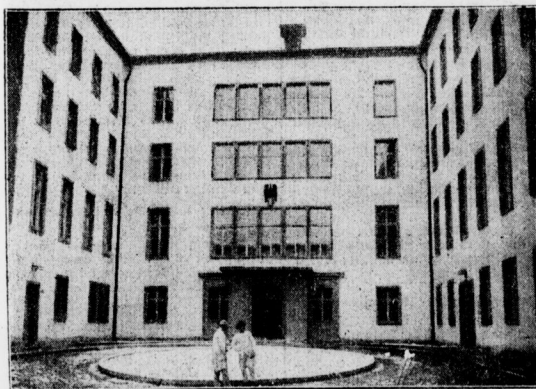
Abg. Dr. Rose (D. Vp.) erklärt, bisher habe der Landtag noch nicht die Unterlagen gesehen, auf die sich die Ansprüche der Volksbühne gründen. Die Volkspartei könne dem Vertrag nicht zustimmen.

Abg. König-Polsdam (Soz.) erwidert dem Vordere, bei dem Vertrag sei die Volksbühne nicht die Nehmende, sondern die Gebende.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wird dem beschließen, die weitere Debatte zu verlegen.

Wieder Kabinetsrat

Die Mitglieder des Reichskabinetts sind heute vormittag noch einmal zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage zusammengetreten. Reichsaußenminister Dr. Curtius führt heute abend zu Besprechungen über die österreichischen Angelegenheiten nach Eppeln und Glemitz. Er wird am Sonntag vormittag wieder in Berlin sein. In seiner Begleitung befinden sich sein persönlicher Referent, Geheimrat Heinebeck, und Generalstabschef von Grönow.



Die neue Reichskanzlei
Der Ehrenhof des Erweiterungsbau